

„Das ist grausam schiefgelaufen“

Berlin. CSU-Vize Peter Gauweiler verlangt von der Bundesregierung Aufklärung über die OSZE-Mission, an der die entführten deutschen Soldaten teilgenommen haben.

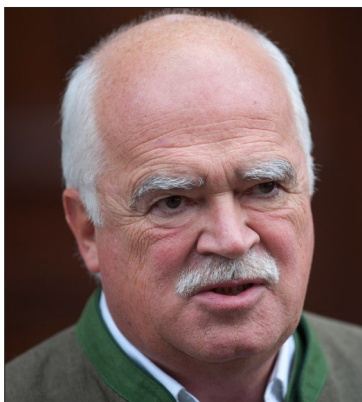
Sie üben Kritik an der Mission deutscher Soldaten in der Ost-Ukraine und werden dafür jetzt selbst angegriffen. Sollte nicht die Freude über die Freilassung der Geiseln überwiegen?

Peter Gauweiler: Natürlich ist das ein Grund zur Freude. Unabhängig davon: Bei der Gruppe der Geiseln handelte es sich tatsächlich gar nicht um die OSZE-Mission, der alle Streitparteien zugestimmt hatten – diese war ausdrücklich auf Zivilisten beschränkt. Nicht nur für mich war es sehr überraschend, dass es neben dieser der Krisenbewältigung dienenden OSZE-Mission eine weitere Operation unter deutscher Führung gegeben hat, die offensichtlich nicht von allen beteiligten OSZE-Staaten unterstützt worden ist. In dieser sind Bundeswehrangehörige in Zivil ins Krisengebiet Ostukraine geschickt worden. So etwas ist in einer derartigen Krisensituation brandgefährlich. Es bleibt die Frage, wer das angeordnet hat. Dass die umstrittene Übergangsregierung der Ukraine jedes Interesse hat, deutsche Soldaten in den Konflikt hineinzuziehen, ist nachvollziehbar. Dass wir uns da reinziehen lassen, ist allerdings nicht nachvollziehbar.

Hat die Bundesregierung einen Fehler gemacht?

Gauweiler: Ich erwarte von der Bundesregierung vollständige Aufklärung und einen umfassenden Bericht über die Hintergründe und Verantwortlichkeiten. Wann und von wem wurde die OSZE-Mission, an der die entführten deutschen Soldaten teilgenommen haben, beschlos-

sen? Wann hat diese OSZE-Mission begonnen? Inwieweit wurden die nationalen Parlamente bei der Entscheidung, diese Mission zu entsenden, eingebunden? Und wer war für diese Mission der Ansprechpartner des Bundesministerium für Verteidigung bei der Revolutionsregierung in Kiew? Das sind nur einige Fragen, die jetzt beantwortet werden müssen. Die Bundesregierung muss jetzt für Aufklärung sorgen, um Wiederholungen zu vermeiden.



Vor Geheimoperationen in der Ukraine warnt CSU-Vize Peter Gauweiler im Interview. – F.: dpa

Verteidigungsministerin von der Leyen (CDU) will nicht grundsätzlich auf Beobachter in der Ukraine verzichten...

Gauweiler: Gegen reguläre OSZE-Missionen von Zivilisten, der alle Streitparteien zustimmen, gibt es ja keinerlei Einwände. Aber es darf keine Geheimoperationen unter falschen Vorzeichen geben. Wir müssen sicher sein, dass keine Bundeswehrsoldaten in dieses Krisengebiet entsandt werden. Derartige darf nicht wiederholt werden. Wir dürfen nicht das Gefühl erwecken, dass wir gemeinsame Sache machen mit der Übergangsregierung in der Ukraine. Das ist grausam schiefgelaufen.

Selbst Ihr Parteichef Horst

Seehofer geht auf Distanz zu Ihrer Kritik.

Gauweiler: Das ist so nicht richtig. Auch Horst Seehofer hat von der Politik des Interventionismus immer ausdrücklich gewarnt. Grundsätzlich vertreten wir die gleiche Haltung beim Thema Ukraine-Krise. Ich habe persönlich noch angefragt, weshalb ein Bundeswehr-Offizier bei einer Pressekonferenz seinen Geiselnehmern auch noch dankt.

Altkanzler Gerhard Schröder ist heftig dafür kritisiert worden, dass er mit Russlands Präsident Putin seinen 70. Geburtstag in St. Petersburg nachgefeiert hat, während deutsche Soldaten als Geiseln in der Gewalt von pro-russischen Milizen waren. War das nicht ein falsches Signal?

Gauweiler: Es ist extrem wichtig, dass wir den Gesprächsfäden zu Russland nicht abreißen lassen. Das gilt für die Gespräche der Kanzlerin mit Russlands Präsident Wladimir Putin, das gilt aber auch für den Altkanzler Gerhard Schröder und seine Verbindungen. Auch Herr Mißfelder hat sich völlig korrekt verhalten. Solche Gespräche sind unbedingt notwendig. Die EU muss jetzt eigentlich zwischen Moskau und Kiew vermitteln und alles tun, um sie wieder an einen Tisch zu bringen.

Wie könnte eine Lösung für die Ukraine aussehen?

Gauweiler: Es wäre wichtig, jetzt föderale Strukturen für die Ukraine zu schaffen. Warum denn nicht eine Föderation in der Ukraine? Tschechiens Ex-Präsident Klaus hat letzte Woche das Modell der früheren Tschechoslowakei ins Gespräch gebracht, die friedlich in zwei souveräne Staaten getrennt worden ist.

Interview: Andreas Herholz